



Den Mangel beenden! - Unseren Kindern Zukunft geben!

Aufruf zu einer Volksinitiative für mehr Lehrer/innen und pädagogische Mitarbeiter/innen

Die Kernforderungen unserer Volksinitiative sind:

1. Dass 1.000 Lehrerinnen und Lehrer und 400 pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich zu den aktuellen Planungen eingestellt werden, um das in den letzten vier Schuljahren entstandene Personaldefizit zu beseitigen.
2. Dass der fachspezifische Personalbedarf an Förderschulen und im gemeinsamen Unterricht an den Regelschulen durch unabhängige Experten ermittelt und vom Land abgesichert wird.
3. Dass die Einstellungspraxis so geändert wird, dass alle jungen Lehrkräfte im Land gehalten werden.
4. Dass die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern und von weiteren pädagogischen Fachkräften ausgeweitet wird.

*„Es gibt nur eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung: Keine Bildung.“
(John F. Kennedy)*



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

immer häufiger erreichen uns in den letzten Monaten Berichte aus den allgemeinbildenden Schulen des Landes über umfangreiche Stundenausfälle, über Fächer, die gar nicht unterrichtet werden können und über die zeitweilige Schließung ganzer Schulen, weil keine Lehrkräfte mehr zur Verfügung stehen.

Die verlässliche Öffnungszeit an den Grundschulen und die Unterstützung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind an vielen Schulen nicht mehr gesichert, weil hunderte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen.

Seit Jahren gib es viel zu wenige Neueinstellungen in den Schuldienst. Gleichzeitig steigt aber Jahr für Jahr die Zahl der Schülerinnen und Schüler. **Allein in den letzten vier Schuljahren ist so ein Defizit von 1.000 Lehrerinnen und Lehrern und 400 pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entstanden.** Das Schulsystem ist längst an seine Leistungsgrenze geraten. Die ständig steigenden Anforderungen führen dazu, dass immer mehr Lehrerinnen und Lehrer und pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den älter werdenden Kollegien krankheitsbedingt fehlen und am Ende vorzeitig aus dem Schuldienst ausscheiden – ein Teufelskreis.

Durch den Personalmangel ist die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen und damit ihre und unser aller Zukunft in einer Wissens- und Leistungsgesellschaft grundlegend bedroht. Statt endlich mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, will das Bildungsministerium das Unterrichtsangebot immer weiter einschränken – nicht nur im kommenden Schuljahr, sondern auch darüber hinaus.

In der Folge muss an den Grundschulen in immer größeren Klassen unterrichtet werden. Es drohen weitere Kürzungen bei der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und bei der Sprachförderung von Migranten. In den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen soll der naturwissenschaftliche Unterricht zur Diskussion gestellt werden.

Dieser Entwicklung können wir nicht länger tatenlos gegenüberstehen. Wir wollen die Landesregierung unüberhörbar auffordern, unverzüglich eine radikale Umkehr in ihrer bisherigen Personalpolitik einzuleiten.

Wir brauchen ein starkes Signal für den Erhalt einer hochwertigen Schulbildung. Unterzeichnen Sie deshalb unsere Volksinitiative und werben Sie unter Ihren Freunden und Verwandten. 30.000 Unterschriften sind nötig, damit wir gehört werden und sich der Landtag mit unseren Forderungen beschäftigen muss.

Bündnis „Den Mangel beenden! - Unseren Kindern Zukunft geben!“

Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik e.V. - Landesgruppe Sachsen-Anhalt (dgs)

Deutscher Gewerkschaftsbund Sachsen-Anhalt (DGB)

Deutscher Sportlehrerverband e.V. - Landesverband Sachsen-Anhalt (DSLTV)

DIE LINKE Landesverband Sachsen-Anhalt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt (GEW)

Grundschulverband e.V. - Landesgruppe Sachsen-Anhalt (GVS)

Landeselternrat des Landes Sachsen-Anhalt (LER)

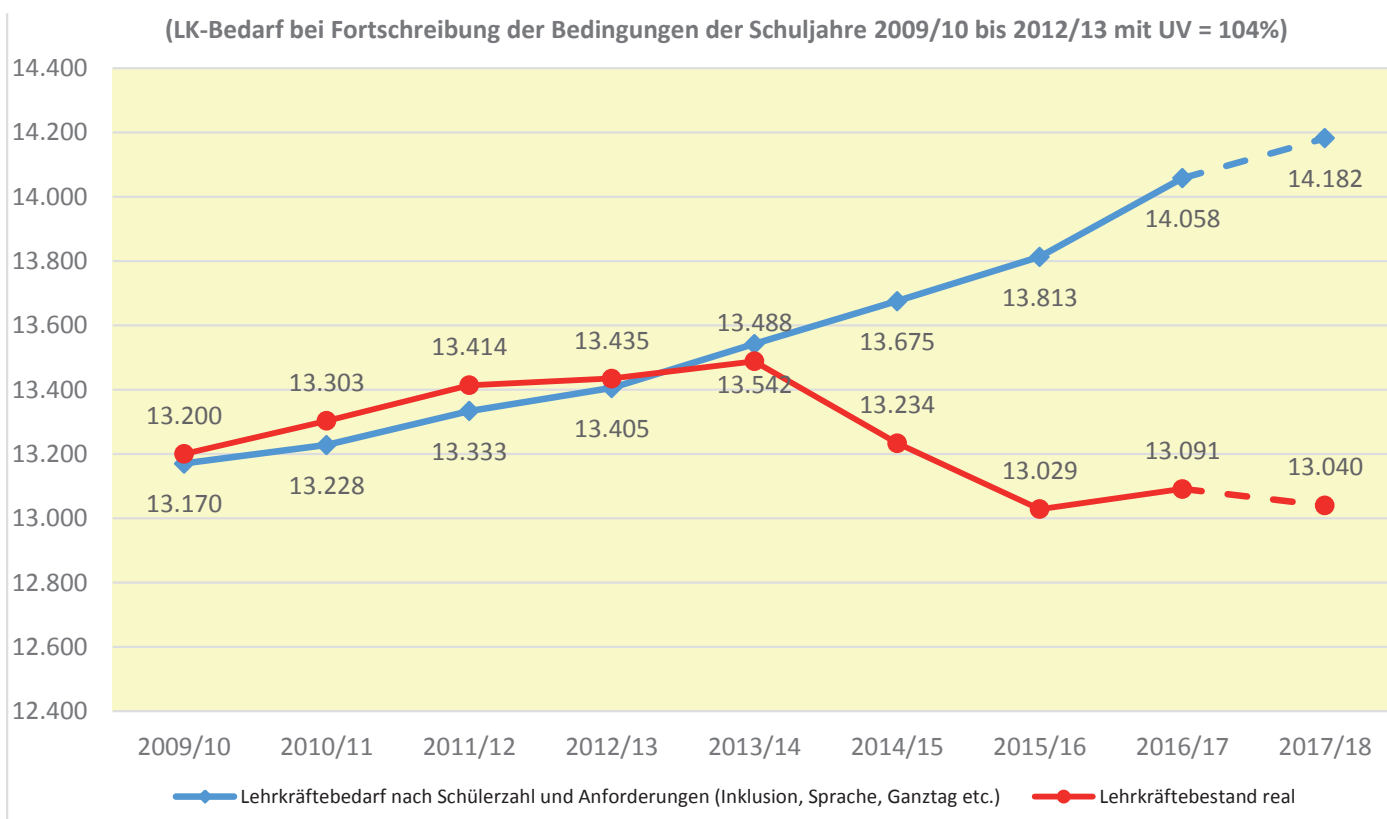
Verband Sonderpädagogik e.V. - Landesverband Sachsen-Anhalt (vds)

Sekundarschullehrerverband Sachsen-Anhalt e.V. (SLV)

Verband Bildung und Erziehung e.V. - Landesverband Sachsen-Anhalt (VBE)

Begründung und Gegenstand der Volksinitiative

Ausgangslage – Lehrerinnen und Lehrer



Die untere rote Linie gibt den **realen Lehrkräftebestand** (in Vollzeitlehrkräften – VZÄ) an, der tatsächlich in der Schule für den Unterricht, die Vertretungsreserve und für die in der Schule eingesetzten Anrechnungsstunden zur Verfügung steht. Bis 2016/17 sind das die tatsächlichen Werte aus der jährlichen Unterrichtsstatistik, für 2017/18 ist es eine Prognose über die voraussichtliche Entwicklung des Lehrkräftebestandes im Rahmen der Vorgaben aus dem Landeshaushalt.

Die dagegensetzte blaue Linie ist der **errechnete Lehrkräftebedarf**, der erforderlich ist, wenn entsprechend der gestiegenen Schülerzahl das Unterrichtsangebot wieder unter den gleichen Bedingungen organisiert werden soll, wie in den Schuljahren 2009/10 – 2012/13, als es noch nicht die vom Bildungsministerium angeordneten sogenannten „bedarfsmindernden Maßnahmen“ gab. Angestrebt wird eine Unterrichtsversorgung von etwa 104% und ein zusätzlicher Personalaufwuchs für die steigenden Anforderungen an die Inklusion und den Sprachunterricht. Gegenüber dem Ausgangsschuljahr 2009/10 – dem Schuljahr mit der bisher geringsten Schülerzahl – sind das ca. 180 Vollzeitlehrkräfte zusätzlich.

Ausgangslage – Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Obwohl die Schülerzahlen an den Grundschulen und den Förderschulen im Land seit mehr als zehn Jahren stabil sind, haben in der gleichen Zeit jährlich im Schnitt fast 100 pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Therapeutinnen und Therapeuten und Betreuungskräfte den Schuldienst verlassen, ohne dass sie ersetzt wurden. Erst in diesem Schuljahr hat das Bildungsministerium auf Druck des Landtages erstmals etwa 100 Neueinstellungen von pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern veranlasst, um die besonders große Not an den Förderschulen für Geistigbehinderte zu lindern. Für alle anderen Schulen soll es aber nach den ministeriellen Planungen weiterhin keinerlei Neueinstellungen geben.

Begründung für die Volksinitiative

Gute Bildung und die verantwortungsvolle Erziehung der nachfolgenden Generation sind herausragende Aufgaben für Politik und Gesellschaft. Sie beeinflussen direkt die nahe Zukunft unseres Landes und unserer Gesellschaft. Von zentraler Bedeutung ist dafür der Schulbereich, in dem allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geboten werden muss, eine breite Allgemeinbildung zu erwerben, ihre individuellen Stärken zu entdecken und vielfältige Kompetenzen für die freie Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens zu entwickeln.

Dafür müssen in den Schulen ausreichend Zeit und genügend gut ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen zur Verfügung stehen. Außerdem müssen die Stabilität und die Größe von Klassen bzw. Lerngruppen einen angemessenen Rahmen für die Lernprozesse bieten. Dies alles ist durch die aktuelle Bildungs- und Personalpolitik in Sachsen-Anhalt nicht mehr gewährleistet. In den kommenden Jahren ist mit einer deutlichen Zuspitzung des Lehrkräftemangels und daraus folgend mit einem Qualitätsverlust schulischer Bildung zu rechnen. Damit werden wesentliche Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft und letztlich deren Stabilität aufs Spiel gesetzt.

Gegenstand für die Volksinitiative

Der Landtag wird aufgefordert, die Landesregierung zu beauftragen,

1. das Defizit beim Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern für den Unterricht und bei der Unterstützung durch pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das seit dem Schuljahr 2013/14 durch wiederholte Bedarfskürzungen und steigende Schülerzahlen entstanden ist, zielstrebig zu beseitigen und dafür 1.000 Lehrkräfte und 400 pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich zu den bisherigen Planungen einzustellen,
2. den Bedarf an sonderpädagogischer Förderung für Schülerinnen und Schüler an Förder- und an Regelschulen durch externe Experten ermitteln zu lassen und für eine darauf basierende Personalausstattung der Schulen zu sorgen,
3. den durch politische Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen ausgelösten Mangel an qualifizierten Lehrkräften und anderem pädagogischen Fachpersonal (pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Therapeutinnen und Therapeuten) auch in Zukunft nicht mehr durch eine Absenkung der Bedarfsbemessung zu kompensieren, sondern
4. alle erforderlichen Entscheidungen zu treffen, um durch mehr und bessere Ausbildung sowie wirkungsvolle Maßnahmen zur Personalgewinnung die Lücke zwischen dem Personalbedarf und dem Personalbestand schnellstmöglich zu schließen.